

Begehrende Bürger gehören zur Demokratie wie die Wähler zu einer Wahl!

30.6.12
Land. Kreisb

Bürgerinitiativen machen gegen umstrittene Fusion der Landkreise mobil

Northeim/ Osterode/ Göttingen (red). Die geplante Fusion der Landkreise Osterode, Northeim und Göttingen mit einer Flächengröße des Saarlandes hat die Bürger alarmiert, sodass in kürzester Zeit drei Bürgerbegehren zur Fusion von Bürgern auf den Weg gebracht wurden.

Alle drei Bürgerbegehren zur Fusion verfolgen - trotz unterschiedlicher Fragestellung und Situation der Landkreise - das selbe Ziel: „Lasst die Bürger über die Fusionsfrage entscheiden!“, so Ulrike Blum von der Bürgerinitiative Bürgerbeherrn Northeim gegenüber dem Gandersheimer Kreisblatt. Und weiter: Bevor politische Entscheidungen getroffen werden, haben die Bürger ein Recht auf verständliche Informationen über die Auswirkungen der Fusion.

Die über einen Zeitraum von sechs Monaten laufenden Bürgerbegehren der drei Landkreise waren bereits jetzt schon erfolgreich: Mittlerweile wird die Notwendigkeit einer Bürgerbeteiligung bei den Entscheidungsprozessen auch von der Mehrheitsfraktion SPD und Grüne gesehen. Der Antrag

der Northeimer Kreistagsgruppe SPD und Grüne für eine zentrale Informationsveranstaltung, in der anscheinend Bürgerbeteiligung gewünscht ist, klingt erfreulich und lässt hoffen.

Bürgerbegehren sind in Niedersachsen zwar nicht unbekannt, aber auch nicht so üblich wie in Bayern. Da erscheint es verständlich, dass die Kreisverwaltungen in der Handhabung der Abläufe, Beratung und Betreuung der Initiatoren sehr unterschiedlich, widersprüchlich und wechselhaft agieren. So sollte die BI im Landkreis Northeim anfänglich die gesammelten Unterschriften den jeweiligen Kommunen zur Überprüfung vorlegen, was man schon bei der jetzigen Landkreisgröße für eine Zumutung hielt. Eine gewisse Hilflosigkeit der Verwaltung gegenüber Bürgerbegehren könnte also durchaus entschuldbar sein.

Höchst problematisch ist allerdings der Umgang mit beteiligungsbereiten Bürgern einer BI, die trotz vorliegender Genehmigung zum Abbau ihres Standes genötigt werden, wie am 23. Juni 2012 in Osterode

auf dem Stadtfest geschehen. Das Festmotto „3 freundliche Tage“ wurde damit zur Ironie.

Welchem Druck der Veranstalter Walter Gaucks von der Fortuna-Eko Veranstaltungsagentur ausgesetzt war, die BI „Für Osterode“ des Platzes zu verweisen, entzieht sich der Kenntnis der Öffentlichkeit. Dieses Vorgehen wirft allerdings nachhaltig ein schlechtes Licht auf das Demokratieverständnis der beteiligten Personen oder politischen Interessengruppen hinter den Kulissen und schafft ein extrem ungesundes politisches Klima.

In einer Zeit, in der die sinkende Bereitschaft sowohl an Wahlen teilzunehmen, als auch für politische Ämter zu kandidieren, beklagt und in der Presse thematisiert wird, müssen wir einer Kultur der undemokratischen Intoleranz mit Empörung begegnen, so die BI.

Die Zusammenarbeit der Bürgerinitiativen der drei Landkreise und die zahlreichen Unterstützer sind - sogar unabhängig von dem Ausgang der Bürgerbegehren - Ermutigung für die Menschen in den Landkreisen, sich an politischen Prozessen zu beteiligen.